

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Programm der begrenzten Möglichkeiten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1978) : Programm der begrenzten Möglichkeiten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 8, pp. 374-375

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135215>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Programm der begrenzten Möglichkeiten

Der Bundeskanzler hat sein „Gipfelversprechen“ unverzüglich eingelöst. Noch ist zwar nicht abzusehen, wie das jüngst beschlossene Programm zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Behandlung in den gesetzgebenden Körperschaften aussehen wird. Doch das Signal ist gesetzt und der Kurs abgesteckt. Das ist nach der monatelangen Diskussion um neue Belebungsmaßnahmen eine befreiende Tat. Dennoch ist das Programm nicht gerade mit Enthusiasmus zur Kenntnis genommen worden. Zu großen Erwartungen gibt es in der Tat keinen Anlaß.

Dieses Urteil ergibt sich schon aus dem Umfang. Er wird abzüglich des Effektes der Mehrwertsteuererhöhung auf 13 Mrd. DM beziffert; das ist natürlich nicht gleichzusetzen mit der Summe der Wirkungen im nächsten Jahr, gibt aber einen ersten Hinweis auf diese. Verglichen mit der Größenordnung der im Laufe des Jahres 1977 beschlossenen Ankurbelungsmaßnahmen ist das nicht viel mehr als ein Drittel.

Es gibt aber nicht nur diesen quantitativen, sondern einen nicht minder wichtigen qualitativen Unterschied gegenüber den Aktionen des vergangenen Jahres. Damals wurde ein „zweiter Anlauf“ der Wirtschaftspolitik unternommen. Entsprechend groß waren die Erwartungen; man hoffte, doch noch den Durchbruch zum selbsttragenden Aufschwung zu erreichen. Solche Hoffnungen werden an das neue Programm offensichtlich nicht geknüpft, um so weniger, als auch nach dem Wegfall der ungünstigen Sondereinflüsse des Winterhalbjahres – Währungskrise, Streiks und Aussperrungen, extreme Witterung – die Aufwärtsentwicklung von Nachfrage und Produktion enttäuschend schwach war. Das wird sich sicherlich auf die Reaktionen der Wirtschaft auswirken; es beeinträchtigt von vornherein die Aussicht auf größere Sekundäreffekte, von denen doch letztlich die Wirkung jeder Ankurbelungspolitik abhängt.

Für die vergleichsweise kleine Dimensionierung des Programms gibt es einen zwingenden Grund, nämlich die Situation der öffentlichen Finanzen. Man kann gewiß unterschiedlicher Meinung darüber sein, welche Zunahme der Staatsverschuldung in den nächsten Jahren noch hingenommen werden kann, ohne daß der finanzielle Bewegungsspielraum der öffentlichen Hand durch die Zinslast in bedenklicher Weise eingeengt wird. Aber schon jetzt gilt es zu berücksichtigen, welche Wirkung weiter erhöhte jährliche Finanzierungsdefizite – oder auch nur die Aussicht darauf – auf den Kapitalmarkt und in der Folge auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben können. Darauf hat der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten (Ziffer 12) mit Recht hingewiesen: „Es ist gefährlich und durch die Konjunkturlage auch nicht gerechtfertigt, erneut die Grenze auszuloten, an der öffentliche Defizite ihres bloßen Ausmaßes wegen eine negative Überreaktion am Kapitalmarkt hervorrufen und auf diese Weise die Investitionsneigung im privaten Bereich stärker beeinträchtigen, als die staatlich bewirkte Nachfrageexpansion sie zugleich anregt.“

Die Gefahr kontraproduktiver Wirkungen eines staatlichen „deficit spending“ kann nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren nicht ernst genug genommen werden. (In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob nicht die meisten der für die gegenwärtigen Schwierigkeiten am Kapitalmarkt angebotenen Erklärungen allzu vordergründig sind.) Das Ignorieren dieser Gefahr ist ein gravierender Mangel jener Konzepte, nach denen ein massiver Anstieg der Staatsausgaben die Lösung unserer Wachstums- und Beschäftigungsprobleme bringen soll.

Kann der Umfang des Programms mit Rücksicht auf diese Zusammenhänge nicht größer sein, so kommt es um so mehr auf die Zusammensetzung an. Ein Urteil über die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der neuen Maßnahmen ist natürlich abhängig von der Diagnose der Probleme, zu deren Lösung sie beitragen sollen. Bekanntlich gibt es aber erhebliche Unterschiede in der Diagnose, und daher wird es auch erhebliche Unterschiede in der Beurteilung des Maßnahmenpakets geben. Ein zur Verdeutlichung geeignetes Extrembeispiel ist die Ansicht, das Programm sei von vornherein ungeeignet, weil alle unsere Schwierigkeiten aus überzogenen Lohnerhöhungen entstanden und folglich auch nur durch eine bestimmte Lohnpolitik lösbar seien.

Macht man sich den Glauben an die monokausale Erklärbarkeit höchst komplexer gesamtwirtschaftlicher Probleme nicht zu eigen, dann bleibt die Frage zu beantworten, ob die Ursachen mehr in einer „konjunkturellen Nachfrageschwäche“ oder mehr in einer auf der Angebotsseite liegenden „Wachstumshemmung“ zu suchen sind. Daß es sich um ein Entweder-Oder handeln könnte, ist nach dem empirischen Befund mit einiger Sicherheit auszuschließen. Eine eindeutige Bestimmung der Gewichtsverteilung der beiden Komponenten ist jedoch nicht möglich, zumal zwischen ihnen vielerlei Interdependenzen bestehen.

Politik zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung muß daher sowohl Elemente der Nachfragestimulierung als auch der Förderung der Angebotsseite (Wachstumspolitik i. e. S.) enthalten; das Programm der Bundesregierung erfüllt diese Merkmale. Die Steuersenkung von 10 bis 11 Mrd. DM und die Erhöhung des Kindergeldes im Gesamtbetrag von 1,5 Mrd. DM werden – abzüglich der Wirkungen der Mehrwertsteueranhebung – dazu führen, daß der private Verbrauch 1979 real nicht langsamer zunimmt als in diesem Jahr und damit eine starke Stütze der Expansion bleibt. Zugleich hat jedoch ein wichtiger Teil der Steuersenkung, nämlich die Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang von der proportionalen zur progressiven Besteuerung, „wachstumspolitische“ Bedeutung; sie stellt Leistungsanreize wieder her. Diese Wirkung ist, gemessen am Steuerausfall von 7 Mrd. DM im Jahr, allerdings relativ teuer erkauft; das ändert nichts an der grundsätzlichen Zweckmäßigkeit der Tarifkorrektur.

Die Quantität der betont „wachstumspolitischen“ Maßnahmen – erweiterte Förderung von Innovationen und Investitionen, verstärkte Förderung der Gründung selbständiger Existenzen – ist ziemlich klein, und die Erleichterungen bei der Gewerbesteuer sind erst für 1980 angekündigt. Insgesamt liegt das Gewicht des Programms eindeutig stärker auf der Seite der Nachfragestimulierung als der Verbesserung der Angebotsbedingungen. Das ist angesichts der künftig eher noch geringeren Spielräume für Entlastungen ein Nachteil. Der Konjunktur im Jahre 1979 wird es freilich zugute kommen. Nach der Prognoserechnung des HWWA kann im kommenden Jahr mit einer Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 3½ % gerechnet werden, ein Prozent mehr als in diesem. Das dürfte ausreichen, um unter Berücksichtigung der teilweisen gegenläufigen demographischen Entwicklung abermals einen Anstieg der Arbeitslosigkeit abzuwenden.

Das Nahziel der wirtschaftspolitischen Bemühungen, nämlich das Inganghalten und Verstärken der Expansion, wird also aller Voraussicht nach erreicht werden. Für den lange erhofften „Durchbruch“ zu einer Entwicklung mit ausreichend kräftiger Investitionsneigung gibt es dagegen keine Anzeichen. Es ist auch unwahrscheinlich, daß die Finanzpolitik allein dieses Ziel überhaupt erreichen könnte, selbst wenn ihre Grenzen weniger eng gezogen wären, als sie es heute sind. Die Aufgabe erfordert vielmehr das Zusammenwirken aller Arten staatlicher Politik zur Beeinflussung der Wirtschaft, eine (schon häufig beschriebene) Mitwirkung der Lohnpolitik – und wohl auch günstigere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, als sie heute vorzufinden sind.